



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

Thomas Kufen

Rathaus, Porscheplatz  
45127 Essen

Telefon +49 201 88 88000  
Telefax +49 201 88 88010

26.01.2016

Stadt Essen · GB1A · 45121 Essen

Runder UmweltTisch Essen (RUTE)  
c/o Herrn Dr. Dieter Küpper  
Messeallee 28  
45131 Essen

Sehr geehrter Herr Dr. Küpper,  
sehr geehrte Mitglieder des RUTE,

vielen Dank für Ihre beiden E-Mails vom 20. Januar 2016. In Ergänzung zu meinem Antwortschreiben vom 19. Januar 2016 auf Ihre E-Mails vom 11. und 18. Dezember 2015 möchte ich Ihnen nachfolgend die aktuelle Situation noch einmal darlegen.

Die Stadt Essen steht seit Wochen und Monaten vor der gewaltigen Herausforderung, alle vom Land Nordrhein-Westfalen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen und die Voraussetzungen zur Integration zu schaffen. Zurzeit leben allein in unseren kommunalen Flüchtlingseinrichtungen über 4.000 Menschen, davon über 2.000 in sieben „Zeltدörfern“. Zusätzlich werden weitere 1.500 Menschen in Landeseinrichtungen auf Essener Stadtgebiet untergebracht. Nach aktuellem Stand weist uns das Land Nordrhein-Westfalen monatlich weiterhin über 500 Flüchtlinge zu, die wir, gemäß unserem gesetzlichen Auftrag, unterbringen müssen.

Schon in meiner ersten Rede als Oberbürgermeister habe ich deutlich gemacht, dass es keine Lösung sein kann, Menschen dauerhaft, auf engstem Raum und ohne jegliche Privatsphäre, in Zelten oder Turnhallen unterzubringen. Darüber hinaus stellt dies auch die teuerste Unterbringungsmöglichkeit für unsere Stadt dar. Wir sind gezwungen die Vorgaben des Landes einzuhalten und 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sonst droht unserer Stadt die Handlungsunfähigkeit. Vor diesem Hintergrund brauchen wir Wohnungen, Gebäude und Flächen, die noch in 2016 oder spätestens im Frühjahr 2017 bezogen werden können.

Zur Ihrer Forderung der Anmietung privater Liegenschaften:

Das Konzept zur Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsagentur befindet sich zurzeit in der Abstimmung und wird zur Ratssitzung im Februar 2016 vorgelegt. Die uns übersandten Alternativen zur Unterbringung wurden und werden derzeit noch von der Stadtverwaltung vorbehaltlos und sorgfältig geprüft. Dazu gehört natürlich auch, sämtliche Wohnungsleerstände offenzulegen und die Flüchtlinge, denen der Bund eine Bleibeperspektive bescheinigt, in geeignete Wohnungen zu vermitteln. Viele der vorgeschlagenen Gebäude und Flächen sind aus den unterschiedlichsten Gründen nicht geeignet oder stehen nicht kurzfristig zur Verfügung. Klar ist auch, dass die Anmietung von Wohnungen zur Flüchtlingsunterbringung



Essen.2030



info@essen.de  
www.essen.de



die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer voraussetzt – ebenso wie beim Erwerb von Flächen durch die Stadt Essen.

Seite 2

Ich weiß, dass schon die bloße Diskussion um die Nutzung von Natur-, Acker- und Freiflächen grundsätzlich abgelehnt wird. Nichts läge uns ferner, als diese Flächen zu prüfen, wenn es auch andere kurzfristige Lösungen gäbe, die eine schnelle, kostengünstige und gerechte Verteilung im gesamten Stadtgebiet ermöglichen würde. Wer behauptet, es gehe schlicht um die Zweckentfremdung von Flächen durch Bebauung oder um eine böswillige „Landfraß-Strategie“, wie Sie es in Ihrem Schreiben ausdrücken, verkennt den Ernst der Lage bei der Flüchtlingsunterbringung.

Mir als Oberbürgermeister geht es darum, eine realistische und nachvollziehbare Strategie für unsere Stadt aufzuzeigen, denn eine Veränderung des momentanen Zustands ist ohne entsprechende, politische Entscheidungen auf Bundesebene nicht absehbar. Und ich muss das Wohl der gesamten Stadt über Einzelinteressen stellen.

Wir müssen so schnell wie möglich in größerem Umfang die zu teuren Zeltstandorte ersetzen, daran führt kein Weg vorbei. Und wir müssen pro Monat 500 Plätze schaffen, sonst droht die Belegung von Turnhallen oder Obdachlosigkeit. Daran kann niemand in dieser Stadt Interesse haben.

Unser gemeinsames Ziel muss deshalb heißen: raus aus dem Krisenmodus und rein in geordnete politische Verfahren, raus aus den Zeltdörfern und rein in feste Unterkünfte, möglichst verteilt auf das gesamte Stadtgebiet. Dazu sei Ihnen versichert, dass ich – entsprechen Ihrer Forderung – die Verteilung, so gut es eben geht, gerecht steuern werde. Sollte die Politik dem Vorschlag der Verwaltung folgen, werden im Süden der Stadt 32,4% der Flüchtlinge untergebracht, im Norden 28,8%, im Westen 21,2%, in Mitte 11,4 und im Osten 7,2%. Eine Nord-Süd-Debatte ist aufgrund dieser Zahlen sicher nicht gerechtfertigt.

In den nächsten Wochen werden die politischen Gremien alle Vorschläge beraten. Unterlagen dazu finden Sie unter [www.essen.de](http://www.essen.de) unter dem Titel „Unterbringung von Flüchtlingen“ oder direkt im Online-Ratsinformationssystem der Stadt Essen.

Es ist mir wichtig die aktuellen Fragen zu diskutieren. Und darum bin mir sicher, dass wir am Ende gemeinsam zu einer tragfähigen Entscheidung kommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Thomas Kufen

Oberbürgermeister der Stadt Essen